

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Augmented Reality

So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
Anleitung auf Seite 7




Gemeinsam statt gegeneinander

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell. Das ist nicht selbstverständlich, weil immer mehr Akteure gegeneinander anstatt miteinander kämpfen. Am Anfang des Erfolgs stehen ambitionierte Menschen, die etwas wagen und ihrer Arbeit mit Elan nachgehen. Unsere Heimat braucht wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen, nicht verhindern. Nur so können wir alle gemeinsam die drängenden Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich anpacken.

Seiten 9 bis 13

Neumitglieder-Porträt

Viele Menschen haben sich in der letzten Zeit entschlossen, FDP.Die Liberalen beizutreten. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen von ihnen wissen, was sie dazu bewegt hat.

Seite 20

Reportage vom Haustürwahlkampf

Es wurde viel geschrieben über den Haustürwahlkampf der FDP. Doch wie ist es, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Menschen an? Kantonsrätin Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Seite 21



Stefan Nünlist in den Ständerat!

Delegiertenversammlung in Bellach

Der Turbensaal in Bellach war mit über 160 Stimmberechtigten der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn gut besetzt, als der Parteipräsident Stefan Nünlist die Versammlung eröffnen konnte. Mitten in einem anspruchsvollen Abstimmungskampf und Wahljahr kann man Energie, Mut und Durchhaltewille brauchen. Mit einem musikalischen Gruss der Brassband Lommiswil konnte genau dies überbracht werden.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–6 Solothurner Freisinn
- 7 Digitaler Wahlkampf der FDP
- 8 Petra Gössi
zu den Wahlen 2019
- 9 Hans Hess zum
Rahmenabkommen
- 10 Gemeinsam das
Unternehmertum stärken
- 11 Ja zu gleich langen Spiessen
für KMU
- 12 Home Office/Arbeitsmarkt 2.0
- 13 Nachhaltiges Unternehmertum
- 14 FDP International
- 15 FDP Frauen
- 16 Ja zu Schengen
- 17 Ja zur AHV-Steuvorlage
- 18/19 Gastbeitrag von Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
- 20 Neumitglieder
- 21 Reportage vom
Haustürwahlkampf
- 22 Leserbrief
- 23 Agenda und Parolenspiegel

Kantonaleil:

Redaktion Solothurner Freisinn
Schöngrünstrasse 35 | 4500 Solothurn
T: 032 622 31 66
E: info@fdp-so.ch | www.fdp-so.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Gemeinsam lösen wir die Probleme unserer Zeit

Gemeinsam kommen wir weiter!

Liebe Freisinnige

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell, weil die Menschen in der Schweiz seit jeher Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernommen haben. Ein Beispiel dafür sind die vielen Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz. Dank ihrem Mut, in Forschung und Entwicklung zu investieren, garantieren sie den Menschen in unserem Land Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt.

Unsere Unternehmen sind es auch, die mit ihren Innovationen einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir die Herausforderungen der Zukunft, beispielsweise in der Umweltpolitik, anpacken können. Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe zwei Freisinnige vor, die sich mit ihren Unternehmen an vorderster Front engagieren. Sie sind der beste Beweis, dass Umweltpolitik Wirtschaftspolitik ist!

Miteinander statt gegeneinander

Um aber überhaupt in die Forschung investieren zu können, braucht die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen. Das Interview mit Hans Hess zum Rahmenabkommen zeigt das auf. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Wirtschaft ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gegenzug gute und moderne Arbeitsbedingungen ermöglichen muss – etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mehr dazu erfahren Sie von Thierry Burkart und Philippe Nantermod.

Anstatt die Wirtschaft und die Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, wie dies die sozialis-

tischen Kräfte in unserem Land mit ihrer Verbots- politik versuchen, müssen wir alle gemeinsam Ver- antwortung übernehmen. Damit wir das Erfolgs- modell Schweiz in die Zukunft tragen können, braucht es ein Miteinander der Politik, der Wirt- schaft und der Gesellschaft. Denn nur wenn wir die Probleme unserer Zeit gemeinsam lösen, kommen wir weiter.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lek- türe!

Liberale Grüsse

Ihre Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

PS: Die FDP hat Lust auf Fortschritt – Lust auf Digitalisierung! Wir haben deshalb den «Freisinn» digital erweitert: Mit «**Augmented Reality**» verbinden wir ab sofort Gedrucktes mit Digitalem, um Sie noch besser informieren zu können. Probieren Sie es aus: Laden Sie die Gratis-App «**XTEND**» auf Ihr Smartphone, öffnen Sie die App, und richten Sie die Kamera für einige Sekunden auf die mit dem «X»-Symbol versehenen Bilder im «Freisinn» – auch auf dieser Seite! Sie werden staunen.

Fortsetzung von Seite 1

Im ersten Teil des Abends wurde über die Abstimmung vom 19. Mai zum Waffenrecht referiert. Mit BDP-Nationalrat Lorenz Hess konnte ein Befürworter der Vorlage gefunden werden. Für ihn sprechen keine Gründe gegen Schengen. Er erhofft sich dadurch sogar einen höheren Zufluss in die Schützenvereine. SVP-Nationalrat Christian Imark hatte hier eine gegenteilige Meinung. Für ihn wird die liberale und eigenverantwortliche Kultur unseres Landes mit Füssen getreten.

Mit 124 Ja, 29 Nein und 4 Enthaltungen wurde die Ja-Parole für das neue Waffenrecht beschlossen.

Mit Marianne Meister und Beat Loosli wurden zwei politische Schwergewichte verabschiedet (siehe Seite 6). Stefan Nünlist dankte ihnen für ihre langjährige Arbeit im Solothurner Kantonsrat.

Das Hauptthema des Abends waren die Wahlen. Seit zwei Jahren war der Ausschuss Personelles der Kantonalpartei am Aufbau von starken Persönlichkeiten für die anspruchsvollen politischen Ämter. Für die Nationalratswahlen konnte nun eine breite Palette an kompetenten Freisinnigen gewonnen werden. Die Nominierungen in den Orts- und Amteiparteien laufen noch, so dass am 22. Mai 2019 in Breitenbach die definitiven Nominierungen und Listenzuteilungen durch die Delegierten bestimmt werden können.

Der Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons Solothurn, Philipp Eng, durfte im Anschluss die Kandidatinnen und Kandidaten der Jungfreisinnigen vorstellen. Die beiden Listen werden unter dem Namen «Gesellschaftsliberale» und «Digitalisierung» geführt und widerspiegeln die Schwerpunkte der Jungfreisinnigen.

An der Delegiertenversammlung in Bellach nominierte die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn ihren Parteipräsidenten als Kandidaten für den



Dieter Künzli

Ständerat. Zur Auswahl standen Mister X – Dieter Künzli aus Breitenbach und Stefan Nünlist aus Olten. Kompetent moderierte Kantonsrätin Karin Büttler durch die Vorstellung der Ständeratskandidaten und deren Wahl.

Dieter Künzli betonte, dass es ihm wichtig ist, dass von der FDP berichtet wird. In der Partei gibt es nämlich viele intelligente Männer und Frauen. Ein wichtiges Anliegen für ihn ist die Investition in die Bildung. Ganz klar ist, dass ein Ständeratskandidat nur erfolgreich sein kann, wenn er auch Stimmen aus anderen Parteien holen kann.

Stefan Nünlist berief sich auf das Erfolgsmodell Schweiz. Für ihn zählt der Fortschritt und dass die Zukunft in einer sich wandelnden Welt gestaltet werden kann. Der Staat soll eingreifen wo nötig, aber so wenig wie möglich. Solothurn darf auf seine Stärken bauen.

Die Delegierten setzten sich für ihre Wunsch-

Felix Hug durfte die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren. Es sind dies (in zufälliger Reihenfolge):

- Christian Thalmann aus Breitenbach
- David Plüss aus Olten
- François Scheidegger aus Grenchen
- Johanna Bartholdi aus Egerkingen
- Karin Büttler aus Laupersdorf
- Kuno Tschumi aus Derendingen
- Kurt Fluri aus Solothurn
- Markus Spielmann aus Starrkirch-Wil
- Peter Hodel aus Schönenwerd
- Reto Grolimund aus Olten
- Roman Baumann aus Gempfen
- Stefan Nünlist aus Olten

kandidaten ein und votierten für sie. Mit 52 Stimmen für Dieter Künzli und 101 Stimmen für Stefan Nünlist wurde der Präsident der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn ins Rennen für den Ständerat gesendet.

Mit dem Generalsekretär der FDP.Die Liberalen Schweiz, Samuel Lanz, bekamen die Kandidatinnen und Kandidaten auch gleich einige praxisnahe Tipps auf den Weg mit. «Wahlen gewinnt man, indem man Herz zeigt und auf die Strasse geht!» Wahlkampf heisst nämlich auch: «Zusammenstehen und Chancen packen.»

Das Schlusswort hatte Regierungsrat Remo Ankli, welcher auch aus Sicht der Bildung für eine Annahme der nationalen und der kantonalen Steuervorlagen am 19. Mai 2019 plädierte.

Franziska Hochstrasser
Geschäftsführerin

Kandidatinnen und Kandidaten Jungfreisinnige Kanton Solothurn

- Dylan Ferraro aus Dulliken
- Daniel Wyss aus Grenchen
- Lukas Lohm aus Biberist
- Olivier Ochsner aus Lohn-Lüterkofen
- Riccardo Sturzo aus Derendingen
- David Häner aus Breitenbach
- Alexander Zingrich aus Gretzenbach
- Kevin Schwizgebel aus Olten
- Melanie Racine aus Rechterswil
- Benedikt Fürholz aus Oensingen
- Philipp Eng aus Solothurn
- Michael Schoy aus Oekingen



Nomination der Jungfreisinnigen.



2x Ja für einen blühenden Kanton

Das Wort des Präsidenten

Am 19. Mai 2019 stimmen Solothurnerinnen und Solothurner über die AHV-Steuervorlage und deren kantonale Umsetzung ab. Die Vorlage sorgt für die notwendige Rechtssicherheit, stärkt den Wirtschaftsstandort und Werkplatz und sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Gleichzeitig werden Familien durch zusätzliche Kinderzulagen, Betreuungsgutscheine und Steuerentlastungen gestärkt und Haushalte mit tiefen Einkommen entlastet.

Bis anhin bezahlen privilegierte Statusgesellschaften in Solothurn zwischen 6 und 10 Prozent Gewinnsteuern, während normal besteuerte Unternehmen über 21 Prozent abliefern müssen. Auf internationalen Druck muss die Schweiz die Steuerprivilegien für international tätige Gesellschaften aufheben und künftig alle Unternehmen nach den gleichen Grundsätzen besteuern.

Kanton Solothurn schafft gerechtes Steuersystem

Die kantonale Steuervorlage setzt die neuen Bundesvorgaben um. Der hohe Solothurner Steuersatz von 21,4 Prozent für einheimische Firmen sinkt schrittweise auf rund 13 Prozent. Die bisher mit 6 bis 10 Prozent besteuerten internationalen Konzerne zahlen mehr, nämlich ebenfalls rund 13 Prozent. So schaffen wir Steuergerechtigkeit und unser Kanton wird attraktiver.

Familien und Haushalte mit tiefen Einkommen werden entlastet

Die entlasteten Unternehmen übernehmen soziale Verantwortung: 30 Millionen Franken fliessen von der Wirtschaft an die Bevölkerung. Es profitieren Familien und Haushalte mit kleinem Einkommen. Zum Beispiel durch höhere Kinderzulagen oder Betreuungsgutscheinen in der Höhe von 2400 Franken pro Kind und Jahr. Oder über Steuererleichterungen für mehr als die Hälfte aller Haushalte.

Starke Lösung für die Gemeinden

Auch die mit den Gemeinden ausgehandelte Lösung ist ein guter Kompromiss. Der Kanton kompensiert während sechs Jahren einen Grossteil der potenziellen Mindereinnahmen. Zudem erhalten die Gemeinden viel Autonomie bei der Festsetzung des Steuersatzes für juristische Personen. Sollten

sich wider Erwarten die Steuereinnahmen der juristischen Personen nicht wie gewünscht entwickeln, könnten die Gemeinden die Unternehmenssteuern unabhängig vom Steuersatz der natürlichen Personen erhöhen. Dies garantiert, dass die natürlichen Personen nicht belastet werden.

Wer ernten will, muss säen

Solothurn steht in Sachen Wirtschaftskraft fast am Schluss aller Schweizer Kantone. Allein in diesem Jahr erhalten wir über 367 Millionen aus dem Finanzausgleich. Wir leben auf Kosten anderer Kantone. Mit der Anpassung des Steuersystems wollen wir Solothurn für Unternehmen attraktiver machen. Diese Anpassung des Steuersystems und diese «Vorwärtsstrategie» sind nicht gratis zu haben. Wie andere Kantone auch, rechnet Solothurn zu Beginn mit steuerlichen Einbussen. Diese kann der Kanton Solothurn dank seinem Eigenkapital abfedern. Der Kanton und seine Gemeinden profitieren von der Steuerreform schon nach wenigen Jahren. Dies belegt eine Studie des renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts Ecoplan eindrücklich. Sie zeigt, dass der Kanton und die Gemeinden mit der vorgeschlagenen Strategie bereits in weniger als vier Jahren mehr einnehmen werden als vor der Reform.

Steuervorlage als Chance für den Kanton Solothurn

Die Solothurner Steuervorlage macht unseren Kanton fit für die Zukunft. Denn es steht viel auf dem Spiel: 5000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt betroffen. 70 bis 90 Millionen Franken Steuereinnahmen könnten in Kanton und Gemeinden verloren gehen. Nichtstun ist deshalb keine Option. Für den Kanton Solothurn ist die Steuerreform eine Chance, um den Wohlstand für alle zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit für Unternehmen im Kanton Solothurn nachhaltig zu verbessern. Darum hat die FDP an ihrer DV ein starkes Zeichen gesetzt und die JA-Parole mit einem Verhältnis von 133 zu 1 Stimmen gefasst!

Ihre Stimme ist entscheidend!

Es wird nicht einfach sein, diese Abstimmung zu gewinnen gegen die Opposition der Linksparteien, die um ihre Pfründe fürchten. Sie versuchen die Bevölkerung mit einer Angstkampagne zu verunsichern und betreiben Wahlkampf auf dem Buckel unserer Zukunft. Mit Umverteilung und Verhinderungspolitik lösen wir keine Herausforderung und setzen unseren Wohlstand aufs Spiel. Darum: Helfen Sie mit, mit Ihrem doppelten JA zu den beiden Steuervorlagen das Momentum auf unsere Seite zu ziehen und unseren Kanton in eine blühende Zukunft zu führen! Wir wollen gemeinsam weiterkommen!

Stefan Nünlist, Präsident FDP Solothurn

Es grünt so grün ...

Kolumne

Können die Grünen überhaupt Kilowatt von Kilowattstunden unterscheiden? Die Frage sei erlaubt. Kilowatt und Kilowattstunden sind physikalische Masseinheiten, mit denen man genau berechnen kann, wie viel elektrische Energie man für den Verbrauch benötigt. Die Grünen wollen «baldmöglichst» den Bedarf vollständig mit erneuerbaren Energien decken. Das heisst für sie weg von der Kernenergie, Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle. Nutzen soll man nur noch Sonne, Wind, Wasserkraft und Erdwärme.

Geht diese Rechnung mit Kilowatt und den Kilowattstunden auf? Tatsache ist, dass wir am meisten Strom im Winter brauchen, wenn es kalt ist, wenn die Sonne am wenigsten und schwächer als in den übrigen Jahreszeiten scheint. Auf die Sonne, sprich Solarenergie ist offensichtlich zu wenig Verlass. Und wie steht es mit dem Wind? Nach dem neuesten vom Bundesamt für Energie herausgegebenen Windatlas bläst der Wind in der Schweiz weit weniger stark als bisher errechnet. Das ruft selbstverständlich die Windkraft-Befürworter auf den Plan nach dem Motto: Es kann ja nicht sein, was nicht sein darf. Seriöse Energiepolitik basiert jedoch nicht auf Schlagworten, sondern auf Fakten. Selbstverständlich muss dabei nach Möglichkeiten, Energie einzusparen, und nach Alternativen zu den herkömmlichen Energielieferanten gesucht werden. Aber bitte keine Politik ins Blaue hinaus!

Seit Monaten ist der Klimawandel, ist die Klimapolitik das Thema Nummer eins. Aber auch hier ist Realpolitik, sind brauchbare Lösungen anstatt lautstarke Forderungen gefragt. In Frankreich gemachte Untersuchungen zeigen zum Beispiel, dass die umweltpolitischen Folgen der Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) bisher erheblich unterschätzt wurden. Die Treibhausgasemissionen der ICT-Branche seien fast doppelt so gross wie diejenigen der zivilen Luftfahrt oder fast die Hälfte aller Personenfahrzeuge und Motorräder, heisst es. Die Untersuchung nennt dafür auch verschiedene Ursachen, unter anderem, dass immer mehr Handys in Betrieb sind und diese immer mehr genutzt werden. In den Haushalten gibt es immer mehr digital vernetzte Geräte. Der Datenverkehr, insbesondere über Google, Appel, Facebook, Amazonas usw., explodiert. All das braucht Energie und erzeugt Emissionen.

Und nun kommen die Solothurner Grünen, beflügelt von den grünen Wahlerfolgen in Zürich, Luzern und Baselland, und verlangen, dass der Re-



gierungsrat pro Quartal einen autofreien Sonntag einführt, dass Kantonsräte und Staatsangestellte für dienstliche Reisen nicht mehr das Flugzeug benutzen dürfen, und schliesslich soll der Regierungsrat Richtlinien für eine klimafreundliche Ernährung an offiziellen Anlässen und für die Kantinen der Schulen und der kantonalen Verwaltung erlassen. Remo Ankli wird dabei wohl noch zum kantonalen Chefkoch befördert. Dazu passt, dass der grüne Stadtpräsident von Bern, Alec von Graffenried, den Bernern wegen des Klimawandels für eine Stunde den Strom abstellt, und dies offensichtlich ungeachtet dessen, ob damit Schäden auch an Menschen verursacht werden könnten.

Dem beizufügen bleibt nur noch: Ist es auch Unsinn, so hat es wenigstens Methode. Für die Energiepolitik und die Klimapolitik braucht es eine klare Auslegeordnung, was sinnvoll und machbar ist. Die Energiestrategie 2050 ist es jedenfalls nicht. Liberal Gesinnte müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass eine für die Umwelt wirksame Energie- und Klimapolitik nicht ohne Einschränkungen von Freiheiten geht. Aber deswegen muss man uns noch lange nicht die nächsten Ferien am Meer vermiesen oder sogar verbieten. Die Grünen vermögen wohl Wahlerfolge verbuchen. Aber man bewahre uns davor, dass sie uns auch noch regieren.

Urs Marti, Langendorf

Wechsel in den Ortsparteien

Deitingen

Jan Binzegger (neu) für Werner Meier

Dornach

Ludwig Binkert (neu) für Bruno Schnellmann

Erschwil

Rücktritt Urban Christ

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

AGENDA

Dienstag, 7. Mai

19.30 Uhr: Parteivorstand (Von Arx, Egerkingen)

Mittwoch, 8. Mai

Fraktionsausflug, 12.30 Uhr (Bezirk Olten)

Sonntag, 19. Mai

Eidgenössische Abstimmung
(2 x JA zur Steuerreform und JA zur Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie)

Mittwoch, 22. Mai

19.30 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Breitenbach)

Mittwoch, 5. Juni

19 Uhr: «Rückbau eines Kernkraftwerks – ein Grossprojekt», Mehrzweckhalle, Schulhaus Rickenbach

Mittwoch, 26. Juni

19.30 Uhr: Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Airport Grenchen)

Donnerstag, 22. August

15 Uhr: Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte (Bezirk Wasseramt)

Samstag, 14. September

Bildungstag in Grenchen

20. bis 23. September 2019

FDP-Stand an der MIO in Olten

20. bis 29. September 2019

FDP-Stand an der HESO Solothurn

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/



Generationenwechsel im Kantonsrat

Rücktritte von Marianne Meister und Beat Loosli

Mit Marianne Meister und Beat Loosli treten gleich zwei hochverdiente FDP-Kantonsräte zurück. Daniel Probst und Martin Rufer rücken per 1. April 2019 nach.

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn haben nach der März-Session zwei Rücktritte aus dem Kantonsrat zu verzeichnen. Beat Loosli aus Starr-

kirch-Wil wird ersetzt durch Daniel Probst aus Olten. Marianne Meister aus Messen hat als Nachfolger Martin Rufer aus Lüsslingen-Nennigkofen.

Nach 18 Jahren beendet Beat Loosli aus Starrkirch-Wil seine erfolgreiche Zeit im Kantonsrat. Beat Loosli war unter anderem Präsident der kantonsrätlichen Finanzkommission und war als ausgewiesener Finanzexperte weit über die FDP hinaus äusserst geschätzt. In den letzten Monaten hat Beat Loosli sich sehr intensiv mit der Steuervorlage auseinandergesetzt und sich für einen tragfähigen Kompromiss zum Wohle aller Beteiligten eingesetzt. Auf Beat Loosli folgt der Oltnier Gemeinderat und Direktor der Solothurner Handelskammer, Daniel Probst aus Olten.

Ebenfalls zurückgetreten ist Kantonsrätin Marianne Meister aus Messen. Marianne Meister war während 10 Jahren im Kantonsrat und hat als sehr engagierte Wirtschaftsvertreterin ihre Spuren hinterlassen. Marianne Meister war nicht nur langjährige Gemeindepräsidentin von Messen, sondern trat für die FDP als Kandidatin für den Stände- und den Regierungsrat an. Mit Marianne Meister zieht sich eine unermüdliche liberale Kämpferin für die Anliegen der Wirtschaft und speziell der KMU aus der aktiven Politik zurück. Nachfolger von Marianne Meister wird Martin Rufer aus Lüsslingen-Nennigkofen. Der 42-jährige Agronom ist beim Schweizer Bauernverband Leiter des Departements Produktion, Märkte und Ökologie.

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn danken den Zurücktretenden für ihre langjährige erfolgreiche und sehr engagierte politische Arbeit im Kantonsrat und innerhalb der freisinnigen Fraktion.

Martin Rufer und Daniel Probst heissen wir im Kreise unserer 28-köpfigen FDP-Fraktion herzlich willkommen und wünschen ihnen alles Gute und viel Freude an ihrer neuen Aufgabe.



Verabschiedung Beat Loosli ...



... und Marianne Meister.



Digitaler Wahlkampf

Mit modernen Instrumenten Menschen erreichen

Immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf den digitalen Kanälen. Als fortschrittliche Partei wollen wir diese Chancen nutzen und investieren darum in digitale Instrumente. Eines davon halten Sie in den Händen: Ab sofort können Sie den «Freisinn» nicht nur lesen, sondern erleben.

Wir wollen bei den Menschen als liberale und fortschrittliche Kraft spürbar sein. Wir wollen sie dort erreichen, wo sie sich bewegen. Dabei werden neue Kanäle und moderne Instrumente immer wichtiger, denn immer mehr Menschen suchen den Zugang zur Politik auf neuen Wegen. Sie ersetzen klassische Wahlkampfmittel nicht, sondern ergänzen sie. Als Partei des Fortschritts ist es für uns klar, dass wir diese Chancen nutzen wollen.

Hautürwahlkampf ist erfolgreich

So etwa unser digital gestützter Tür-zu-Tür-Wahlkampf (der «Freisinn» berichtete). In einigen Gemeinden in Zürich, Baselland und Luzern gingen unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von Haustür zu Haustür und wurden dabei von digitalen Instrumenten und Analysen unterstützt. Dieses neue Instrument verbindet den persönlichen Kontakt mit den neuen digitalen Möglichkeiten und ist vielversprechend angelaufen: Auswertungen von gfs.bern zeigen, dass ein um 0,5 Prozentpunkte höherer Wähleranteil erzielt werden konnte. Was auf den ersten Blick nach wenig klingt, ist in Wirklichkeit sehr viel, denn in der stabilen Schweiz können solche Verschiebungen grössere Veränderungen nach sich ziehen. Auf Antrieb einen solchen Effekt zu erzielen, ist also beachtlich. Jetzt werden wir die Massnahme noch verbessern und auf die ganze Schweiz ausweiten.

Den Freisinn nicht nur lesen, sondern erleben

Ein anderes digitales Instrument halten Sie soeben in den Händen! Den «Freisinn» wird es auch in Zukunft noch in Papierform geben, aber wir reichern ihn digital an. Laden Sie gleich die App «XTEND» auf Ihr Smartphone, und entdecken Sie den «Freisinn» ganz neu – auf dieser Seite finden Sie zum Beispiel unser 360-Grad-Video zur Vision! Die sogenannte «Augmented Reality» bietet eine einmalige Schnittstelle zwischen klassischen Mitteln und neuen Technologien. Das Lesen wird zum Erlebnis. Wir werden nicht nur den «Freisinn» mit solchen Elementen anreichern, sondern beispielsweise auch

Unterstützen Sie uns, und folgen Sie uns hier:

-  Facebook: @fdp.dieliberalen
-  Twitter: @FDP_Liberalen
-  Instagram: @fdp_plr
-  Youtube: FDP Schweiz
-  LinkedIn: FDP.Die Liberalen Schweiz

Plakate aufhängen, welche die Menschen durch ihr Smartphone ganz neu erleben können.

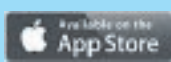

Des Weiteren hat die FDP Schweiz einen Messestand angeschafft, welcher von den Kantonal- und Ortsparteien für Anlässe gebucht werden kann. Dort haben die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, unsere Petra Gössi auf dem Buochserhorn zu besuchen – nämlich mit einer «Virtual Reality»-Brille. Mit diesem Messestand können wir Menschen die Möglichkeiten neuer Technologien direkt und vor Ort vorführen.

Folgen Sie uns auf den digitalen Kanälen


Wenn Sie die sozialen Netzwerke nutzen, haben Sie uns sicher schon auf Twitter, Facebook, Instagram, LinkedIn oder Youtube gefunden. Auf diesen neuen Kanälen erreichen wir mehr Menschen und können uns mit ihnen austauschen. Seit längerer Zeit übertragen wir zudem alle wichtigen Veranstaltungen live auf den sozialen Medien. Folgen Sie uns auf Facebook und den anderen Kanälen, und helfen Sie uns zu mobilisieren!

Marcel Dobler, Nationalrat SG

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!

Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



- 1** Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2** Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3** Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Jetzt erst recht!

Gemeinsam die Chancen der Zukunft packen

Die letzten kantonalen Wahlen lassen aufhorchen. Die bürgerlichen Parteien haben verloren, die Grünen gewonnen. Diesen Trend einfach auf die Klima- und Umweltpolitik zu schieben, wäre aber falsch. Die Menschen wollen Lösungen für die Probleme, die sie beschäftigen. Sie glauben an die Zukunft und wollen ernst genommen werden. Hier liegt die Chance der FDP – packen wir sie!

Seit den nationalen Wahlen 2015 ist die FDP im Aufwind. Wir sind die stärkste Kraft in den Kantonen und den Städten. Aber die letzten Wahlen in den Kantonen Zürich, Baselland, Luzern und im Tessin verliefen nicht so, wie wir uns das gewünscht haben. Während die Verluste schmerzen, konnten wir aber auch einen grossartigen Sieg ver-

buchen: Die glänzende Wahl von Fabian Peter in den Luzerner Regierungsrat – und das im ersten Wahlgang. Ein frischer Wind!

Mit Herz auftreten

Nichts desto trotz: Die Wahlen sind ein klarer Weckruf! Wir dürfen uns weder auf unseren Lor-

beeren ausruhen noch uns unterkriegen lassen! Wir müssen als zukunftsorientierte, fortschrittliche Kraft mit liberalen Ideen und Lösungen auf die Sorgen der Menschen antworten. Wir müssen unsere Mitglieder mobilisieren und flächendeckend auf der Strasse präsent sein. Wir müssen mit Herz bei den Menschen auftreten. So können wir trotz Gegenwind gewinnen.

Die Menschen wollen Fortschritt!

Die kantonalen Wahlen zeigen eindrücklich: Die Menschen wollen Fortschritt. Und sie wollen für die Probleme, die sie beschäftigen, Lösungen sehen. Das heisst aber nicht, dass sie sich radikale Veränderungen wünschen. Sie wollen ernst genommen werden. Das gilt nicht zuletzt für das Thema, das die Wählerinnen und Wähler zurzeit am meisten beschäftigt: Die Umwelt- und Klimapolitik. Die FDP hat sich dieses Themas angenommen. Mithilfe der Befragung all unserer 120 000 Mitglieder werden wir noch vor den Sommerferien eine Umweltpolitik präsentieren, die nicht einfach auf Verboten und Bevormundung basiert. Das Ziel sind breit abgestützte Rezepte für eine liberale Umwelt- und Klimapolitik als echte Alternative zur staatsverliebten Politik der Grünen. Wir wollen nicht zurück, wir wollen nach vorne – denn Umweltpolitik geht uns alle an.

Gemeinsam mobilisieren und weiterkommen – jetzt erst recht!

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind. Aber wir müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken und einen erfrischenden Wahlkampf machen. Hierfür brauchen wir jede Einzelne und jeden Einzelnen von Ihnen. Denn jeder Einzelne kann auf seine Art, mit seinen eigenen Fähigkeiten etwas zum #TeamFDP beitragen. Sei es durch die Mithilfe beim Organisieren eines Anlasses, beim Verbreiten unserer Positionen auf den sozialen Medien oder beim Unterstützen der lokalen Tür-zu-Tür-Mannschaft durch einen selbstgebackenen Kuchen.

Wir zählen auf Sie! Gehen wir diesen Weg gemeinsam weiter, und tragen wir unsere liberale Vision nach aussen, dann wird uns das im Herbst zugutekommen! Jetzt erst recht!

Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen

Jetzt beim #TeamFDP anmelden!

Um Teil des #TeamFDP zu werden, können Sie sich anmelden unter

<https://www.teamfdp.ch/mitmachen>

oder das Bild mit der XTEND-App scannen.



Für die Wahlen im Herbst müssen wir zu den Leuten gehen und mobilisieren – es braucht jetzt alle!



«Der bilaterale Weg ist die Schweizer Lösung»

Hans Hess zum Rahmenabkommen

Für die Schweizer Wirtschaft ist das Rahmenabkommen von grosser Bedeutung. Hans Hess, Präsident des Industrieverbandes Swissmem, äussert sich im Interview über den Wert der Bilateralen, nötige Klärungen und den Mehrwert des Rahmenabkommens für die Bevölkerung.

Herr Hess, der Schweizer Wirtschaft geht es heute gut. Und morgen? Das hängt wesentlich davon ab, ob in der Schweiz die bisher guten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bestehen bleiben. Die Schweizer Unternehmen haben in der Vergangenheit stets die richtigen Antworten auf konjunkturelle Schwankungen oder technologische Herausforderungen gefunden. Das wird auch künftig so sein.

Die Rahmenbedingungen entscheiden jedoch darüber, ob die Unternehmen die jeweils notwendigen Massnahmen in der Schweiz umsetzen oder im Ausland. Letzteres gilt es zu verhindern. Und da ist die Politik gefordert.

Sie haben sich für das Rahmenabkommen starkgemacht. Warum? Mit dem bilateralen Weg hat die

Schweiz im Verhältnis zur EU die bestmögliche Lösung gefunden. Er wurde mehrmals vom Volk in Abstimmungen gestützt und ist weiterhin der einzig mehrheitsfähige Weg. Das institutionelle Abkommen eröffnet der Schweiz die Chance, diesen bilateralen Weg auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen und den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern. Das war, ist und bleibt das Hauptziel. Zudem schafft es Rechtssicherheit, ermöglicht den Abschluss neuer Abkommen, bewahrt die schweizerische Souveränität und bringt einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Wären diese Vorteile nicht auch ohne Rahmenabkommen zu haben? Die Frage ist hier: Was wären die Alternativen? Eine noch stärkere Integration mittels EWR- oder sogar EU-Beitritt kommt für mich nicht in Frage und wäre auch nicht mehrheitsfähig. Ohne institutionelles Abkommen wird sich der Marktzugang zum wichtigsten Absatzmarkt verschlechtern, weil die EU nicht mehr bereit ist, die bestehenden Marktzugangsabkommen zu aktualisieren. Mittelfristig drohen so die Wirtschaftsbeziehungen zur EU materiell auf das Niveau des veralteten Freihandelsabkommens von 1972 zurückzufallen. Auch das ist keine Option. Es ist deshalb unsere grosse Verantwortung, den erfolgreichen und massgeschneiderten bilateralen Weg für die Zukunft zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür braucht es das institutionelle Abkommen. Und zwar jetzt.

Sind Nachverhandlungen nötig? Die EU hat mehrmals betont, dass es keine Nachverhandlungen geben wird. Es braucht aber eine Handvoll Klärungen. Solche Klärungen sind laut EU-Kommission möglich. Aus meiner Sicht betrifft dies folgende Punkte: Erstens muss die EU zusichern, dass die Schweizer Lohnkontrollen der Sozialpartner nicht durch das EU-Entsenderecht und die Durchsetzungsrichtlinie beeinträchtigt werden. Zweitens muss sichergestellt werden, dass bei der Unionsbürgerrichtlinie maximal die Bestimmungen mit konkretem Bezug zum Arbeitsmarkt übernommen werden müssen. Und schliesslich soll bei den staatlichen Beihilfen die auch für Unternehmen wichtige Steuerhoheit der Kantone sowie der Schweiz nicht beschränkt werden.

Was hätte denn die breite Bevölkerung von einem Rahmenabkommen? Mit einem Ja zum Rahmenabkommen schüfe das Volk die Voraussetzungen dafür, dass die Schweiz ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Im Gegenzug erhielte das Volk Investitionen in den hiesigen Standort, sicherere Arbeitsplätze, Wohlstand und somit auch genügend Mittel für die Sozialwerke, Bildung, öffentliche Einrichtungen sowie die Bewahrung der Umwelt. Das Erfolgsmodell Schweiz fände seine Fortsetzung. So können wir gemeinsam weiterkommen.

Gemeinsam statt gegeneinander!

Die Schweiz glänzt heute durch gute Rahmenbedingungen, Offenheit für die Digitalisierung und Sozialwerke, die niemanden auf der Strecke lassen. Das ist nicht selbstverständlich. Denn mit radikaler Umverteilung und Rückwärtsgewandtheit gefährdet die Linke den Zusammenhalt in unserem Land.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen und kann unsere Gesellschaft in wichtigen Fragen, wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weiterbringen. Für die Linke dagegen ist sie primär eine Horrorvision. Gefordert wird u. a. ein «Recht auf eine analoge Welt» oder ein Recht auf Abschalten aller Kommunikationsgeräte nach Arbeitsschluss. Das ist nicht nur kaum umsetzbar und bevormundend, sondern auch kurzsichtig. Diese Rückwärtsgewandtheit gefährdet Arbeitsplätze und widerspricht den Bedürfnissen der Menschen: Denn unsere Gesellschaft ändert sich. Wir sollten auf diese neuen Realitäten eingehen und mehr Flexibilität ermöglichen – auch im Interesse des gesellschaftlichen Miteinanders.

Realitätsferner «Klassenkampf»

Gefährdet wird das «Miteinander» auch an anderer

Stelle. In Klassenkampfmanier haben die JUSO kürzlich ihre 99-Prozent-Initiative eingereicht. Sie wollen damit Kapitaleinkommen 1,5-mal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen. Geht es nach der Linken, sind wohlhabende Personen und die Wirtschaft die Wurzel allen Übels und tragen nichts zur Allgemeinheit bei. Die Realität sieht anders aus: Die Schweiz ist das europäische Land mit der ausgewogensten Einkommensverteilung vor Steuern und Unterstützungszahlungen. Die Zahlen zeigen, dass der erarbeitete Wohlstand in der Schweiz allen zugutekommt.

Beitrag zum Zusammenhalt der Schweiz

Die 99-Prozent-Initiative verzerrt die Realität und dividiert eine sehr gut funktionierende Schweiz unnötig auseinander. Denn mit guten steuerlichen Standortbedingungen tragen wir dazu bei, dass in



Ruedi Noser

die Schweiz investiert wird und Arbeitsplätze entstehen. Ich leiste gerne meinen Beitrag, weil er dazu beiträgt, Erfolg zu ermöglichen, und meinen Kindern wieder Chancen gibt – damit wir gemeinsam weiterkommen. Ob bei der Besteuerung oder der Digitalisierung: Wir sollten unsere Stärken wahren und nicht damit anfangen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben.

Ruedi Noser, Ständerat ZH

Stärken wir das Unternehmertum

Wenn die Schweiz für die Menschen im Land Perspektiven ermöglichen will, dann müssen wir den Arbeitsplätzen und dem Unternehmertum Sorge tragen. Die Politik muss Raum lassen für unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Innovation.

Menschen brauchen Perspektiven: Das Gründen eines Unternehmens sollte einfach und attraktiv sein, denn Selbstständige bringen die Schweiz voran. Die Anerkennung der Selbstständigkeit ist leider oft viel zu schwierig – aufgrund der Bürokratie. Praxisgemeinschaften, Untermietverhältnisse oder Arbeitsgemeinschaften sind diese Kooperationen nur eingegangen, um Effizienzgewinne zu realisieren. Sie werden aber oft zu Unrecht als eigenständige wirtschaftliche Einheiten und damit als Mehrwertsteuerpflichtig eingestuft.

Start-ups stärken

Mit einem Vorstoss will ich die Selbstständigkeit vereinfachen und die Behördenwillkür einschränken: Wer als Selbsterwerbender AHV-anerkannt ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der MWSt) zu behandeln. Und wer bei der AHV als selbstständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können.

Auch meine Fraktionskollegen sind bestrebt, das Unternehmertum zu stärken: Ein Vorstoss von Ruedi Noser will Start-ups und Familienunternehmen bei Mitarbeiterbeteiligungen steuerlich entlasten und so die Innovationsförderung vorantreiben.

Und NR Regine Sauter fordert, dass Jungunternehmer selber entscheiden können, ob sie bei der Arbeitslosenversicherung versichert sein und somit Lohnbeiträge entrichten wollen oder nicht. Denn sie haben heute keinen unmittelbaren Anspruch auf ALV-Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Anstelle einer Versicherung wäre Start-ups eher gedient, wenn sie diese Mittel zielgerichtet ins Unternehmen investieren könnten.

Regulierungsflut bremsen

Ein zentrales Anliegen ist uns zudem die Bekämpfung der zunehmenden Menge an neuen Regulierungen. Die FDP Fraktion lancierte eine «Regulierungsbremse» nach dem Vorbild der bewährten



Daniela Schneeberger

Schuldenbremse. Während das Parlament den Handlungsbedarf erkannt hat, ist der Bundesrat bei diesem wichtigen Thema viel zu zögerlich. Nur wenn es uns gelingt, den Unternehmerinnen und Unternehmern den Rücken zu stärken, bleiben wir als Land erfolgreich und können für die Menschen Perspektiven schaffen. Und nur wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sind, haben wir auch die nötigen finanziellen Ressourcen, um drängende Probleme unserer Gesellschaft anzugehen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL



Ja zu gleich langen Spiessen für KMU

Ja zur AHV-Steuervorlage

Die AHV-Steuervorlage schafft die nicht mehr akzeptierte Sonderbesteuerung ab und sieht dabei Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Für den Schweizer Wirtschaftsstandort und insbesondere die KMU bietet die AHV-Steuervorlage ein grosses Plus.

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Unternehmensbesteuerung international stark verändert. Zu den international nicht mehr akzeptierten Steuerpraktiken zählt die kantonale Sonderbesteuerung, von der bisher international tätige Statusgesellschaften profitieren. Ihr Gewinnsteuersatz ist im Vergleich zu anderen Unternehmen niedriger. Die AHV-Steuervorlage ermöglicht die Abschaffung dieser Sonderbesteuerung.

Diese Ausnahmeregelungen ganz ohne Begleitmassnahmen abzuschaffen, ist jedoch keine Option, weil das zu einem extremen Anstieg der Steuerlast führen würde. Die Folgen wären Abwanderung von wichtigen Steuerzahlern, weniger Aufträge für KMU und Verluste von Arbeitsplätzen – eine Ablehnung der AHV-Steuervorlage

schadet dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz massiv.

Ein Nein hätte erhebliche Auswirkungen

Ich höre oft die Aussage, «der Exodus wichtiger Beitragszahler in die Kassen der direkten Bundessteuer hätte keine erheblichen Auswirkungen auf das Schweizer Wirtschaftsgefüge». Das ist falsch.

«Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren.»

Heute machen die von diesen Unternehmen bezahlten Steuern fast 50 Prozent der Einnahmen aus der Gewinnbesteuerung aus. Das entspricht über 5 Milliarden Franken. Zusätzlich entrichten Statusgesellschaften weitere Milliarden in Form von Abgaben wie zum Beispiel der Mehrwert- und Liegenschaftssteuer, der Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Einkommenssteuern der Arbeitnehmenden. Es ist also entscheidend, diese grossen Steuerzahler in der Schweiz zu halten. Nur so können wir der gesamten Bevölkerung ein gutes Niveau von staatlichen Leistungen garantieren. Die Schweiz benötigt eine Steuerreform, welche trotz Abschaffung der Steuerprivilegien attraktiv für die internationalen Unternehmen bleibt.

Standortattraktivität mit der Steuervorlage erhalten

Die AHV-Steuervorlage schafft die Sonderbesteuerung ab und sieht Begleitmassnahmen vor, die den Wirtschaftsstandort Schweiz für internationale Unternehmen attraktiv macht. Die Patentbox zum Beispiel fördert Forschung und Entwicklung, indem die Gewinne daraus ermässigt besteuert werden. Das Instrument ist international erprobt und breit akzeptiert. Damit die Schweiz im internationalen Wettbewerb fit bleibt, braucht sie gleich lange Spiesse wie ihre Konkurrenzstandorte.

Die AHV-Steuervorlage sieht noch weitere Abzüge bei Investitionen in Forschung und Entwicklung vor. Dies ist insbesondere für die innovativen KMU interessant, denn für sie ist ein starkes und internationales wirtschaftliches Umfeld unverzichtbar. Die sogenannten Statusgesellschaften sind wichtige Nachfrager ihrer Produkte und Dienstleistungen. Der Schweizer Wirtschaftsstandort und die KMU sind auf ein attraktives Steuersystem angewiesen, und genau dieses bietet die AHV-Steuervorlage.

Sagen Sie Ja zu einem starken Standort

Die Standortattraktivität mittels AHV-Steuervorlage zu erhalten, ist sehr wichtig und dringend. Erst wenn die momentane Unsicherheit beseitigt ist, werden die Firmen wieder in der Schweiz investieren, Arbeitsplätze schaffen und sich damit massgeblich an der Finanzierung unseres Staats beteiligen. Deshalb sagt die FDP klar Ja zur AHV-Steuervorlage und damit Ja zu einer Schweiz mit Zukunft.

Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat ZH

Das Arbeitsrecht an die heutigen Bedürfnisse anpassen

Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice

Nach der Wirtschaftskommission des Nationalrats hat auch diejenige des Ständerats meiner parlamentarischen Initiative mit dem Titel «Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice» zugestimmt. Um Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können und die Pendlerströme zu reduzieren, soll die Gestaltungsfreiheit der Arbeitnehmenden im Homeoffice erhöht werden. Dafür soll der Spielraum bei der Einteilung ihrer Arbeitszeit erhöht werden.

Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter, aber unser Arbeitsrecht ist noch industriell geprägt. Zurzeit steht im Gesetz, dass die Arbeit an einem Tag innerhalb eines Zeitraums von 14 Stunden erbracht werden muss. Das heisst nicht, dass die Arbeitnehmenden an einem Tag während 14 Stunden beschäftigt werden dürfen. Das heisst nur, dass Arbeitnehmende, die ihre Arbeit z.B. um 7 Uhr aufgenommen haben, ab 21 Uhr nicht mehr arbeiten dürfen, und zwar unabhängig davon, wie viele Stunden sie zwischen 7 Uhr und 21 Uhr gearbeitet haben.

Arbeitsrecht an heutige Bedürfnisse anpassen

Die Realität sieht heute jedoch u.a. aufgrund der Digitalisierung für immer mehr Leute anders aus. In vielen Branchen findet bereits ein flexibler Umgang mit Homeoffice statt. Je nach Ausgestaltung befindet man sich aber, ohne es zu wissen, in einem juristischen Graubereich.

Die Initiative will die rechtlichen Grundlagen an

die heutige Zeit anpassen, auf die aktuellen Bedürfnisse eingehen und dieser unnötigen, veralteten Bürokratie den Riegel schieben. Neu soll es Müttern und Vätern, die beispielsweise um 7 Uhr ihre Kinder wecken und um 21 Uhr ins Bett bringen, erlaubt sein, vor und nach der Kinderbetreuung noch ein geschäftliches Mail zu schreiben, um sich zwischen 18 und 21 Uhr voll und ganz der Kinderbetreuung widmen zu können. Darum soll der Zeitraum der Arbeit von 14 Stunden auf 17 Stunden erweitert werden.

Es ist aber explizit nicht das Ziel, die wöchentliche Höchst Arbeitszeit anzutasten. Die maximale Dauer der Arbeitszeit – wöchentlich 45 Stunden oder im Schnitt neun Stunden pro Tag – bleibt durch die Initiative unberührt. Zudem gilt auch weiterhin die individuell festgelegte Arbeitszeit, meist 42 Stunden pro Woche. Auch soll niemand dazu verpflichtet werden, 17 Stunden pro Tag zu arbeiten. Dies aus dem einfachen Grund, dass die



Thierry Burkart

gesetzlich festgelegte, tägliche Ruhezeit weiterhin mindestens 11 aufeinander folgende Stunden beträgt.

Es geht also schlicht um eine Modernisierung der regulatorischen Rahmenbedingungen, damit wir auch arbeitsrechtlich für das digitale Zeitalter bereit sind. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung voll ausnutzen und den Arbeitnehmenden ermöglichen, vom technologischen Fortschritt zu profitieren.

Thierry Burkart, Nationalrat AG

Arbeitsmarkt 2.0

Die Gesetzgebung muss angepasst werden

Die Welt ändert sich sehr schnell. Bisher krönte oft ein gut bezahltes Angestelltenverhältnis die Karriere, doch neu tendiert die Gesellschaft zu differenzierteren Arbeitsmodellen.

Diese Entwicklung hat viele Gründe: Viel mehr erwerbstätige Frauen, eine gleichberechtigte Aufgabenverteilung im Haushalt und die Digitalisierung waren Auslöser für viele neue Arbeitsmodelle.

Erwerbstätigkeit und Innovation fördern

Lange wurden Arbeitnehmende einfach gemäss Abhängigkeitsverhältnis in bestimmte Kategorien eingestuft (angestellt vs. selbstständig). Das ist inzwischen oft überholt: Das Arbeitsinstrument (z.B. Auto des Taxifahrers) ist häufig Eigentum des Arbeitnehmers, die Arbeitszeiten sind flexibler, und sogar die Arbeitsverhältnisse und Hierarchien sind nicht mehr so klar wie früher («Freelancer»).

Unsere Gesetzgebung muss somit angepasst werden. Die Gewerkschaften wollen die starren Arbeitsregeln für Angestellte auf alle Erwerbstätigen anwenden. Grosse Digitalunternehmen hingegen sehen eine Gelegenheit, die Arbeitskosten massiv zu reduzieren.

Die Antwort liegt, wie so oft, in der Mitte. Die FDP will die rechtlichen Bestimmungen anpassen, um sicherzustellen, dass alle einen genügenden und wirksamen sozialen Schutz haben. Dadurch werden auch Wettbewerbsverzerrungen vermieden und neue Angebote ermöglicht.

Konkret fordert die FDP die Prüfung eines Zwischenstatus – jenen des unabhängigen Arbeitneh-



Philippe Nantermod

mers. Ein solcher profitiert von einem vereinfachten Regime. Er hat gewisse Sozialversicherungspflichten, kann aber solchen entgehen, die für seinen Status nicht relevant sind. Unser Ziel: die Erwerbstätigkeit und die Innovation fördern – ohne aber das Arbeitsrecht zu unterwandern.

Philippe Nantermod, Nationalrat VS

Visionen gehören in eine nachhaltige Unternehmenskultur

Als freisinnige Unternehmerin engagiere ich mich aus wirtschaftlicher, aber auch aus persönlicher Überzeugung für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Ich begrüsse es sehr, dass die FDP das Thema stärker in den Vordergrund rückt.

Wer als KMU seit fast 100 Jahren auf dem Markt besteht, kommt nicht um eine nachhaltige Unternehmenskultur herum. Diese umfasst nicht nur den sorgsamsten Umgang mit Mitarbeitenden, sondern auch mit den verwendeten Materialien und der Umwelt, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bereits in dritter Generation führen wir als Partner die Fröhlich Info AG in Zollikon. Die grafische Branche musste sich bereits in den 90er-Jahren stark mit der emissionsfreien Produktion auseinandersetzen: Silber in den Filmen und umweltbelastende Farben, das konnte nicht sein. Wir entschlossen uns als Jungunternehmer, diese Problematik anzugehen und Lösungen zur Beseitigung von Umweltsünden zu erarbeiten. Dies hatten wir innert kurzer Zeit geschafft und sind seither immer drangeblieben. Bereits in den 80er-Jahren begeistert von der Solarenergie, gehörte eine Solaranlage

zu unseren ersten grossen Investitionen. Seit 1999 produzieren wir Solarstrom, inzwischen den Jahresbedarf von zehn Haushalten. Und wir fahren Elektromobile. Seit jeher haben wir bewusst auf Innovation und Nachhaltigkeit gesetzt, mit Erfolg.

Kluge Anreize setzen

Gerade aus Unternehmenssicht ist Umweltpolitik auch Wirtschaftspolitik. Dafür braucht es aber mehr als nur Eigeninitiative. Es braucht die richtigen Anreize, die Innovationen und eine besonders effiziente Produktion fördern. Dann entsteht automatisch eine nachhaltigere Wirtschaft. Und als Grundvoraussetzung für diese Nachhaltigkeit sollen in der Schule Umweltthemen noch stärker gewichtet werden.

Von der Politik erwarte ich insbesondere, dass sie Anreize für eine umweltschonende Wirtschaft



Claudia Eberle-Fröhlich und Ehemann Heinz mit der Solaranlage auf dem Dach der Fröhlich Info AG in Zollikon.

ermöglicht. Eine staatliche Überregulierung mit unnötigen Gesetzen, Kontrollen und Vorschriften ist zu vermeiden.

Claudia Eberle-Fröhlich
Unternehmerin und FDP-Mitglied

Nur gemeinsam kommen wir weiter

In dieser Ausgabe beleuchten wir im Fokus Wirtschaftspolitik verschiedene Aspekte. Aber was haben das Rahmenabkommen, «Home Office» und umweltbewusste Unternehmer miteinander zu tun? Zum Abschluss des Themenschwerpunktes erläutere ich Ihnen den Zusammenhang hinter diesen verschiedenen Themen.

Die Schweiz ist ein Unternehmerland: Weit über 600 000 Unternehmen sind hier zu Hause – 99 Prozent davon sind KMU. Sie sind das Rückgrat für den Erfolg und Wohlstand in der Schweiz. Wir müssen uns bewusst sein: Wir alle sind die Gesellschaft. Und wir alle sind die Wirtschaft. Um gemeinsam weiterzukommen, müssen wir alle etwas geben, erhalten aber auch etwas zurück.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Wir Unternehmer brauchen optimale Rahmenbedingungen, um konkurrenzfähig zu bleiben und unsere Arbeitsplätze halten zu können. Dafür ist es zentral, den bilateralen Weg zu sichern und weiterzuentwickeln, wie Hans Hess deutlich gemacht hat. Gleichzeitig braucht es wirksame innenpolitische Massnahmen, worauf Hans-Ulrich Bigler, Daniela Schneeberger und Ruedi Noser eingehen. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen, die Bürokratie

zurückbinden und dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen einfach und attraktiv bleiben.

Moderne Arbeitsbedingungen für die Menschen

Zugleich dürfen wir als Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur Forderungen stellen, sondern stehen auch selber in der Pflicht: Wir haben unseren Angestellten faire und moderne Arbeitsbedingungen zu bieten. Dazu gehört, über neue Arbeitsmodelle nachzudenken und Hand zu bieten für eine möglichst flexible Ausgestaltung der Arbeitszeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt nicht nur im Interesse der arbeitenden Mütter und Väter, sondern letztlich auch in unserem. Auch hier braucht es Verbesserungen, wie Philippe Nantermod und Thierry Burkart aufzeigen.

Gemeinsam anpacken

Damit komme ich zur Umweltpolitik, die Wirt-



Hansjörg Brunner

schafts- und Gesellschaftspolitik zusammenbringt. Mit Claudia Eberle-Fröhlich steht eine Unternehmerin stellvertretend für viele Freisinnige, die sowohl in ihrem Betrieb als auch privat Innovation und Nachhaltigkeit leben. Denn nur eine gesunde Wirtschaft hat die Kraft und Innovationsfähigkeit, gemeinsam mit der Gesellschaft die Herausforderungen im Bereich Klima und Umwelt anzupacken – damit wir gemeinsam weiterkommen!

Hansjörg Brunner
Nationalrat TG

Das Rahmenabkommen sichert den erfolgreichen bilateralen Weg.



Institutionelles Rahmenabkommen

Souveränität und Rechtssicherheit für die Schweiz

Das Rahmenabkommen sichert nicht nur den Marktzugang der Schweizer Wirtschaft zum europäischen Binnenmarkt. Es stärkt auch die Rechtssicherheit und unsere Souveränität.

Hans Hess, der Präsident von Swissmem, zeigt in dieser Ausgabe des «Freisinns» die Bedeutung des Rahmenabkommens für den Marktzugang unserer Wirtschaft auf. Neben den wirtschaftlichen sprechen noch zwei weitere, wichtige Gründe für das Abkommen: Es schafft Rechtssicherheit und bringt mehr Souveränität in den Beziehungen der Schweiz zur EU.

Rechtssicherheit

Das Rahmenabkommen schafft Recht anstelle von Macht. Dies mag banal klingen, ist aber grundlegend. Die Möglichkeit, sich auf das Recht berufen zu können, entspricht immer und grundsätzlich den Interessen des «kleineren» Vertragspartners, denn der «grosse» hat am Ende stets und einseitig die Mittel der Macht. Wenn es im Gebälk der bilateralen Beziehungen knorzt, dann ist die EU heute einfach am längeren Hebel. Sei es bei der Forschungszusammenarbeit oder bei der Anerkennung der Börse oder Produktnormen: Die EU kann pie-sacken, ohne dass die Schweiz dies überprüfen lassen könnte oder selber in der Lage wäre, gleichwertigen Druck aufzubauen. Mit dem Rahmenabkommen hingegen erhält die Schweiz ein Schiedsgericht, bei dem sie genau gleich lange Spiesse hat wie die EU.

Mehr Souveränität

Das Abkommen stärkt auch unsere Souveränität. Souveränität ist quasi die Freiheit der Schweiz auf

der internationalen Bühne, das Pendant zu unseren Grundrechten als Bürger. Genau wie Freiheit ist sie nie nur die Freiheit *von* etwas, sondern immer auch die Fähigkeit *zu gestalten*. In der Präambel unserer Verfassung steht nicht von ungefähr, dass «frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht». In einer globalisierten Welt bedeutet Souveränität deshalb nicht nur, unabhängig zu sein von äusseren Zwängen, sondern immer auch die Fähigkeit, die Regeln und die eigene Zukunft mitgestalten zu können. Wer mit Souveränität also nur «Unabhängigkeit» meint, hat sie nicht verstanden. Und wer sich selber abschottet, der wird sowieso weder frei noch souverän, sondern abhängig und ohnmächtig.

Mitreden wie bei Schengen

Das Rahmenabkommen stärkt unsere Souveränität konkret und auf zwei Arten: Einerseits schafft es die Voraussetzung für neue Abkommen. Beispielsweise ein Stromabkommen, ohne das die Schweiz ihre Ziele einer nachhaltigen und sicheren Stromversorgung nicht wird erreichen können. Andererseits können wir mehr mitreden. Die Schweiz wird zwar nicht mitbestimmen können wie ein EU-Mitglied – genauso wie die EU weiterhin nicht bei

Schweizer Gesetzen mitbestimmt. Aber sie erhält neue Möglichkeiten, zu gestalten, und diese gilt es zu würdigen und zu nutzen. Neu erhält die Schweiz nämlich in jenen Sektoren, in denen sie am Binnenmarkt teilnimmt, die Möglichkeit, bei neuen Regeln mitzuarbeiten. Sowohl in gemischten Ausschüssen, wie auch durch eine gestärkte Zusammenarbeit der Parlamente. Ein ähnliches Recht besitzt sie derzeit nur beim Schengen-Abkommen – und hat dort prompt erreicht, dass in einer Waffenrichtlinie der EU (sic!) eine Ausnahme eingebaut wurde, die nur auf die Schweiz und ihre Ordonnanzwaffen anwendbar ist. Dank diesem «Schweizer-Paragrafen» können wir nun dem neuen Waffenrecht zustimmen, in der Gewissheit, dass der gesamte Armeebereich mit unserer Miliztradition davon nicht betroffen ist.



Roger Kölbener: «Souverän ist, wer mitgestalten kann.»

Souverän ist eben, wer auch mitgestalten kann. Und *der* Souverän, das sind in unserer direkten Demokratie am Ende immer wir alle: mit unseren Stimmzetteln an der Urne. Daran ändert auch das Rahmenabkommen nichts.

Roger Kölbener, Präsident FDP International

«Das Rahmenabkommen stärkt unsere Souveränität.»

Überparteiliches Engagement für eine sichere Schweiz

Ja zum Waffengesetz – Ja zu mehr Sicherheit

Auf Initiative der FDP Frauen mobilisieren Frauen aus nahezu allen Parteien gemeinsam für ein Ja zum Waffengesetz am 19. Mai. Gerade die Stimmen der Frauen werden an dieser Abstimmung entscheidend sein!

Ein breit abgestütztes Komitee von Frauenverbänden, nationalen und kantonalen Politikerinnen sowie Vertreterinnen aus der Zivilgesellschaft hat sich in den vergangenen Wochen unter Federführung der FDP Frauen etabliert. Das gemeinsame Anliegen: mehr Sicherheit für Frauen und Kinder, bessere Rückverfolgbarkeit von halbautomatischen Waffen sowie nachhaltige Verminderung von häuslicher Gewalt.

Frauen-Power im Abstimmungskampf

An der Mobilisierungsaktion beteiligt sind Exponentinnen der FDP, SP, CVP, glp, Grüne, BDP und EVP und sorgen gemeinsam für Frauen-Power. Dieser wird im bevorstehenden Abstimmungskampf von zentraler Bedeutung sein, wenn es darum gehen wird, die weibliche Stimmbevölkerung zu mobilisieren. Denn wie eine repräsentative Tamedia-Umfrage vom 5. April zeigt, wird das Stimmverhalten der Frauen ausschlaggebend sein:

Während sich Frauen mit 62 Prozent deutlich für die Vorlage aussprechen, liegt die Zustimmung bei der männlichen Stimmbevölkerung mit 54 Prozent deutlich tiefer. Deshalb gilt: Frauen an die Urnen! Nicht nur am 19. Mai, sondern auch an den eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober. Denn eine Demokratie kann nur so gut sein wie seine Repräsentation des Volkes!

Weitere spannende Anlässe zum Thema «Frauen für Sicherheit – Sicherheit für Frauen» finden Sie unter www.fdp-frauen.ch/agenda

Chiara Lustenberger

Mitarbeiterin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Frauen für die Sicherheit – Sicherheit für die Frauen!



Wir sagen JA zum neuen Waffenrecht und Schengen/Dublin
Überparteiliches Frauenkomitee



Auf überzeugende Technologien setzen

Die FDP Frauen begegnen Klimaherausforderungen mit bewährten, liberalen Rezepten und setzen dabei auf überzeugende Technologien.

Die laufende Klimadebatte hat verdeutlicht: Die natürlichen Grundlagen sind unabdingbar verknüpft mit einer nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Dieses Bewusstsein ist schon lange in der weiblichen Parteibasis verankert. Bereits vor der in den vergangenen Monaten losgetretenen Klimadebatte orientieren sich die FDP Frauen an folgenden Prinzipien:

- Gesamtökobilanz als Leitmass
- Dank Ökologie Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen
- Auf überzeugende und neue Technologien setzen
- Am Verursacherprinzip orientieren

Um leere Worte zu Taten zu machen, besuchen wir deshalb am 1. Juni 2019 gemeinsam die erste Wasserstofftankstelle der Schweiz in Hunzenschwil im Aargau. Dabei werfen wir einen Blick hinter die Kulissen, ganz nach dem Motto: Wasserstoff-Mobilität erleben und verstehen.

Alle weiteren Informationen zum Anlass sowie zur Anmeldung finden Sie unter www.frauen-fdp.ch/H2M

Luis Tschümperlin

Mitarbeiter FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



Ein Wasserstoff-LKW von Coop.

(Quelle: coop.ch)



Ja zum Waffengesetz – Ja zum Reiseland CH

Schengen ist auch für den Tourismus wichtig

Wenn die Schweizer Stimmbevölkerung über das neue Waffengesetz abstimmt, geht es auch um den Tourismusstandort Schweiz. Bei einer Ablehnung der Vorlage droht der Schweiz der automatische Ausschluss aus dem Schengen-Dublin-Abkommen. Doch das Abkommen sichert die Reisefreiheit sowohl für Schweizer, die ins Ausland reisen, wie auch für ausländische Touristen, welche die Schweiz besuchen.

Mit einem JA einfache Visumsbestimmungen für die Schweiz sichern

Dank Schengen entfallen die Passkontrollen an den Schengen-Innengrenzen, zu welchen auch die Schweiz zählt. Schweizerinnen und Schweizer müssen damit bei einem Grenzübertritt keinen Pass mehr zeigen. Dies macht das Reisen leicht und erspart lange Wartezeiten. Bei einem Nein müssten an den Schweizer Grenzen wieder Kontrollen eingeführt werden. Das führt zu Staus am Zoll und laut Experten zu jährlichen Wartekosten von bis zu 1,5 Milliarden Franken. Zudem müssten auch alle

unsere Landesflughäfen, die sich betrieblich auf Schengen ausgerichtet haben, für viel Geld wieder umgebaut werden.

Einfache Visumsbestimmungen für die Schweiz sichern

Dank des Schengenvisums wird auch der Zugang für fernländische Gäste in die Schweiz erleichtert. Beantragen Reisende aus China oder anderen Schengen-Drittstaaten ein Visum für den Schengenraum, können sie damit auf ihrer Europareise auch die Schweiz besuchen. Die Schweiz wird da-

«Schengen ist nicht nur für die Schweizer Sicherheitsbehörden ein Gewinn, sondern auch für den Tourismus.»



mit als Reiseland viel attraktiver, was sich eindrücklich in den Zahlen niederschlägt. Allein chinesische, indische und arabische Gäste steuern bereits knapp sechs Prozent der gesamten Wertschöpfung der Tourismusbranche bei – Tendenz steigend. Während die Logiernächtezahlen von europäischen Gästen in den Bergregionen zwischen 2008 und 2018 um 43 Prozent eingebrochen sind, stiegen jene der Gäste aus Fernmärkten kräftig um 166 Prozent. Touristen aus Fernmärkten helfen mit, den Einbruch bei den europäischen Gästen zu kompensieren. Die hohen Tagesausgaben dieser Gäste von 310 bis 420 Franken sichern Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Tourismussektor.

Insbesondere Bergregionen sind von Nein betroffen

Von den steigenden Gästezahlen aus Fernländern profitieren gerade die ländlichen und alpinen Regionen sehr stark, weil dort der Tourismussektor überdurchschnittlich – nämlich zu rund einem Fünftel – zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Besonders die Bergregionen wären deshalb von einem Nein betroffen, es wäre aber für die ganze Schweiz eine schwere Hypothek: Der Bund rechnet in einer aktuellen Studie mittelfristig mit jährlichen Nachfragerückgängen im Schweizer Tourismus von bis zu einer halben Milliarde Franken, sollte die Schengen-Mitgliedschaft wegfallen. Von der bei einem Nein wegfallenden touristischen Wertschöpfung, die jährlich immerhin rund 18 Milliarden Franken brutto beträgt, sind auch die nachgelagerten Branchen betroffen, wie beispielsweise der Detailhandel oder Transport. Denn fernländische Touristen übernachten nicht nur in Schweizer Hotels, sondern essen auch in Schweizer Restaurants kaufen Uhren und buchen Taxis oder Reiseautos. Fazit: Ein Ja zum Waffengesetz ist ein Ja zu einer landesweit prosperierenden Volkswirtschaft, ein Ja zum Tourismus und ein Ja zum Reiseland Schweiz.

Andreas Züllig, Präsident Hotellerieuisse



machen 99 Prozent des Wirtschaftsgefüges aus und sind die eigentliche Treibkraft unserer Gesellschaft. Zudem stellen sie Lehrstellen und Ausbildungsplätze für unsere Jugend zur Verfügung. Unser duales Bildungssystem lebt von der Vielfaltigkeit von Berufen und Unternehmensphilosophien. Zudem

«Wir dürfen nie vergessen, dass die beste Sozialpolitik eine florierende Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze bieten kann.»

sind wir auf Investitionen in Forschung und Entwicklung angewiesen. Bereits heute profitieren junge Ausgebildete und Studienabgänger von innovativen Start-ups, die ihnen genau jene Jobs bereitstellen, um den Fortschritt in der Schweiz weiterzuleben. Regulierungsabbau, Rechtssicherheit und Forschungsgelder sind der Nährboden, auf welchem kleine, innovative Unternehmen gedeihen können. Letzteres wird in der Steuervorlage beispielsweise mit der Patentbox und den Steuerabzügen für Forschung und Entwicklung ermöglicht.

Die Herausforderung einer Generation

Was ist mit der AHV? Die STAF plant, Geld in ein System einzuschiessen, ohne das strukturelle Problem zu lösen: das immer grösser werdende Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen. In einer immer komplexer werdenden Welt sind die Sicherung der Arbeitsplätze und Rahmenbedingungen, die es der Schweiz ermöglichen, sich zu entwickeln, zweifellos zentrale Herausforderungen für unsere junge Generation. Ebenso wichtig ist jedoch die Sanierung der Altersvorsorge. Obwohl diese auf Seiten der Steuerreform zu begrüssen ist, bleiben wir nach den Debatten über ihren anderen Aspekt, der Altersvorsorge, im Zugzwang. Inaktiv zu bleiben, während der Generationenvertrag in Gefahr ist, ist keine Lösung. Wir wollen eine echte Reform des Systems, strukturell und langfristig. Denn mehr denn je ist die Zeit für grosse Reformen gekommen. Wir werden die Dinge im Auge behalten. Für die jüngeren Generationen und ihre Zukunft.

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige

Am 19. Mai werden wir über eine der wichtigsten Reformen der Legislatur abstimmen. Bei der Entscheidung über die AHV-Steuervorlage müssen wir uns für ein neues Steuermodell nach internationalen Standards entscheiden. Sonderstati werden abgeschafft, und alle Unternehmen sollen künftig mit dem gleichen Satz besteuert werden. Doch was hat das mit uns Jungen zu tun? Wie profitieren wir davon, und was können wir beitragen?

Arbeitsplätze sind ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft. Für junge Menschen sind Planungssicherheit und die Attraktivität der Stellen Faktoren, die es nicht zu unterschätzen gilt.

Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit zur Sicherung der Arbeitsplätze

Ziel der STAF ist es, eine im internationalen Vergleich akzeptable Steuerquote zu halten und diesen Unternehmen Rechtssicherheit zu geben, damit sie ihre Aktivitäten in der Schweiz fortsetzen können.

Für uns Junge ist es von entscheidender Bedeutung, dass diese Unternehmen in unserem Land bleiben. Es geht selbstverständlich um Steuereinnahmen, aber vor allem um Arbeitsplätze und Perspektiven! Wir dürfen nie vergessen, dass die beste Sozialpolitik eine florierende Wirtschaft ist, die Arbeitsplätze bieten kann.

Sicherung von Lehrstellen und Innovation

Die grossen Gewinner dieser Reform sind unsere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie



Sicherheit und Wohlstand

Gastbeitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Am 19. Mai 2019 stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über zwei Vorlagen ab, die mir als freisinnige Bundesrätin besonders wichtig sind: Es geht um unseren Wohlstand und um unsere Sicherheit.

Liebe Freisinnige

Seit zehn Jahren arbeiten unsere Sicherheits- und Asylbehörden eng mit den Schengen- und Dublin-Staaten zusammen. Zu dieser Zusammenarbeit gehört auch, dass die Schweiz die Änderungen an der EU-Waffenrichtlinie umsetzt. Bei deren Aktualisierung konnte die Schweiz mitreden, danach haben Bundesrat und Parlament den Spielraum bei der Umsetzung genutzt.

Die Teilrevision des Waffenrechts sieht verschiedene Massnahmen gegen den Missbrauch von Waffen für kriminelle Zwecke vor. Neu müssen alle wesentlichen Waffenbestandteile markiert werden. Das erleichtert es der Polizei, die Herkunft einer Waffe zu klären und den Schwarzmarkt besser zu bekämpfen. Zudem müssen die Schengen-

Länder künftig melden, wenn sie jemandem aus Sicherheitsgründen eine Waffe verweigern.

Niemand wird entwaffnet

Für Schützinnen und Schützen gibt es administrative Änderungen beim Umgang mit bestimmten halbautomatischen Waffen: ein neues Formular,

ein zusätzlicher Nachweis, allenfalls eine Meldung für das kantonale Register. Für Soldaten zum Beispiel ändert sich nichts, sie können ihre Armee-Waffe nach dem Militärdienst weiterhin direkt übernehmen.

Die ursprünglichen Befürchtungen der Schützen haben sich also nicht bewahrheitet: Niemand wird entwaffnet. Anlässe wie etwa das Feldschiessen können wie bisher stattfinden.

Die Änderungen sind auf der Linie der Schweizer Politik im Umgang mit Waffen: Sie verbessern den Schutz der Bevölkerung, ohne die Tradition des Schiesswesens anzutasten.

Schengen/Dublin steht auf dem Spiel

Passt die Schweiz ihr Waffenrecht nicht an, steht die Zusammenarbeit mit den Schengen- und Dublin-Staaten auf dem Spiel. Die Schweiz würde vom Fahndungssystem SIS abgehängt. Für die Polizei ist das ein unabdingbares Instrument in der täglichen Arbeit, um Verbrechen und Kriminalität effizient zu bekämpfen. In den letzten zehn Jahren gab es im Schnitt jeden Tag eine Verhaftung in der Schweiz oder für die Schweiz in einem anderen Land Europas. Und die Schweiz würde für abgewiesene Asylsuchende attraktiv. Sie müsste wieder Asylgesuche von Menschen prüfen, deren Gesuch in einem europäischen Land bereits abgelehnt wurde.

Betroffen wären aber auch andere Bereiche: Europareisende, beispielsweise aus asiatischen Ländern, würden für die Schweiz ein zusätzliches Visum brauchen. Die Gefahr besteht, dass unser Land von ihrer Reiseroute gestrichen wird. Darunter würde die Tourismusbranche leiden. Das Schengen-Visum trägt auch massgeblich zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz bei: So kann zum Beispiel ein indischer Mitarbeiter eines hiesigen Unternehmens dank des Schengen-Visums ohne weiteres eine Konferenz im Nachbarland besuchen. Ohne solche Möglichkeiten könnte die Schweiz als Standort an Attraktivität verlieren.

Eingeschränkte Reisefreiheit

Auch unsere Reisefreiheit würde ohne die Zusammenarbeit eingeschränkt: An den Grenzen zu den Nachbarstaaten würden wieder systematische Personenkontrollen eingeführt. Lange Wartezeiten und Staus im Strassenverkehr oder Verspätungen für Zugreisende wären die Folge. Alles in allem wür-

«Die Mitgliedschaft bei Schengen/Dublin ist nicht nur für die innere Sicherheit und das Asylwesen zentral. Wichtig ist es auch für die Wirtschaft und unsere Reisefreiheit.»

«Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar.»

de ein Wegfall dieser Zusammenarbeit laut einem Bericht des Bundesrates die Schweizer Volkswirtschaft jährlich Milliarden kosten.

Die Mitgliedschaft bei Schengen und Dublin ist also nicht nur für die innere Sicherheit unseres Landes und das Asylwesen zentral. Auch die Wirtschaft, vor allem der Tourismus, profitiert davon, genauso wie unsere Reisefreiheit.

Ein Nein am 19. Mai würde diese Mitgliedschaft nach 90 Tagen automatisch beenden. Es sei denn, die Schweiz findet in dieser kurzen Zeit mit der EU-Kommission und allen Schengen-Staaten eine Lösung. Diese Hürde ist hoch und das Risiko, dass die Schweiz ausgeschlossen wird, sehr gross.

Für den Bundesrat ist deshalb klar: Die Änderungen im Waffenrecht bringen mehr Schutz und sind für die Schützen zumutbar. Es gibt keinen Grund, deshalb die für uns so wichtige Zusammenarbeit mit Europa aufs Spiel zu setzen.

Arbeitsplätze und AHV sichern

Um nichts weniger als um den wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz und eine verlässliche Altersvorsorge geht es in der zweiten Vorlage. Mit dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) gehen wir also gleich

«Die STAF ist wichtig für den Wohlstand in unserem Land.»

zwei grosse Herausforderungen an. Von links bis rechts bestreitet denn auch niemand, dass in beiden Bereichen dringend Reformen notwendig sind.

Bei der Unternehmensbesteuerung besteht aus zwei Gründen Handlungsbedarf: Die Schweiz muss im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben, gerade auch um Arbeitsplätze zu sichern. Zudem stehen heute Sonderregelungen zugunsten von vorwiegend international tätigen Unternehmen nicht mehr im Einklang mit internationalen Standards.

Eine wichtige Investition

Die Steuermassnahmen bedeuten zwar für Bund, Kantone und Gemeinden kurzfristig Mindereinnahmen. Aus der Sicht von Bundesrat und Parlament ist das aber gut investiertes Geld, denn damit

sichern wir Arbeitsplätze und ganz allgemein den Wohlstand im Land. Denn mit der Zusatzfinanzierung der AHV wird auch ein sozialer Ausgleich für die steuerliche Entlastung der Unternehmen geschaffen. Der Bundesrat unterstützt diesen sozialen Ausgleich ausdrücklich. Denn damit erhält die AHV dringend benötigte Mehreinnahmen, und das kommt der ganzen Bevölkerung zugute.

Diese ausgewogene Lösung trägt zu gesunden öffentlichen Finanzen bei, sichert attraktive Arbeitsplätze und stärkt gleichzeitig die AHV. Deshalb ist sie wichtig für den Wohlstand in unserem Land.

Beide Vorlagen, die Teilrevision des Waffenrechts sowie die Steuerreform und die AHV-Finanzierung, liegen mir am Herzen, deshalb setze ich mich für sie ein. Im Namen von Bundesrat und Parlament empfehle ich Ihnen zweimal ein Ja am 19. Mai.

Karin Keller-Sutter
Bundesrätin



Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und sehen Sie die die Video-Botschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

«Darum bin ich freisinnig»

Viele Leute haben sich in den letzten Wochen und Monaten entschlossen, Mitglied der FDP zu werden. In einer Serie bringen wir Ihnen einige dieser Menschen näher und wollen wissen, was sie dazu bewegt hat. Den Anfang macht Arber Marniku von der FDP Oberentfelden.

Ich bin Schweizer mit einem kosovarischen Namen, Arber Marniku. Warum ich das erwähne? Woher denn mein Name stamme, ist meist die erste

Frage, die man mir stellt. Dabei gäbe es spannende Dinge über mich zu erfahren.

Ich bin auch selbstständiger Unternehmer, Mit-



Was passiert hier? Scannen Sie das Bild mit der XTEND-App und erfahren Sie mehr!

gründer eines Buchclubs zu Persönlichkeitsentwicklung und seit neuestem Parteimitglied der FDP Oberentfelden.

Ob im linken oder im rechten Lager, ich stimme mit jedem überein, der die Schweiz, ihre Bevölkerung und unsere Mitmenschen rund um den Globus weiterbringt. Extreme sind diesbezüglich kontraproduktiv.

Der Auslöser dafür, der FDP beizutreten, war die Entscheidung, mich selbstständig zu machen. Man muss als Unternehmer zuhören und wissen, was die Bedürfnisse der Menschen sind. Man muss Entscheidungen treffen. Und man muss sich eine eigene Meinung bilden können. Und genau das ist bei der FDP wichtig: Bei der FDP steht der Mensch im Zentrum und keine Ideologie. Man ist frei, sich in allem eine eigene Meinung zu bilden. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung werden bei der FDP grossgeschrieben. Das schätze ich.

«Leben, das ist das Allerseltenste in der Welt – die meisten Menschen existieren nur.» (Oscar Wilde) Dieses Zitat von Oscar Wilde reflektiert stark die Ziele, die ich mit der FDP erreichen will. Nur zu existieren, hat etwas mit Routine zu tun. Und Routine ist nicht nur langweilig, sondern auch schädlich in einer sich schnell wandelnden Welt wie unserer. Wirklich leben bedeutet Neues lernen, Offenheit zu zeigen und nach Fortschritt zu streben.

Arber Marniku, FDP-Mitglied seit Februar 2019

FDP Schweiz

Neumitgliederaktion – Helfen Sie mit!

Die Neumitgliedergewinnung und -pflege ist eine absolute Notwendigkeit, um die Partei auf lange Sicht am Leben zu erhalten. Dies lässt sich mit einfachen Mitteln institutionalisieren. Helfen Sie mit – denn so können wir sicherstellen, dass wir zusammen erfolgreich die Wahlen bestreiten können.

Als Mitglied des Vorstands der FDP Schweiz leite ich das «Mitglieder-Ressort», die für die Betreuung der Beitragszahler unserer Partei, für das Angebot effektiver Kommunikationsplattformen und für die Suche nach neuen Mitgliedern zuständig ist.

Flyer für Neumitglieder

Ende Mai erhält jedes Mitglied per Post Neumitglieder-Flyer. Nehmen Sie diese mit an Anlässe, damit Sie auch im persönlichen Gespräch Mitglieder anwerben können. Nachschub erhalten Sie unter info@fdp.ch. Potenzielle Mitglieder finden sich vor allem auch im persönlichen Umfeld. Suchen Sie im Verwandten- und Bekanntenkreis nach politinteressierten Personen, und laden Sie diese an eine Veranstaltung ein. Das ist der erste Schritt zu

einer Parteimitgliedschaft. Gerade, um Personen besser kennen zu lernen und herauszufinden, ob sie sich für eine Funktion, eine Kandidatur oder ein anderes Engagement interessieren, ist der persönliche Kontakt unumgänglich.

Videos sind willkommen

Ebenso sind immer mehr Menschen auf Social-Media-Kanälen unterwegs. Nutzen Sie diese Kanäle, um die Leute über die Aktivitäten der FDP zu informieren. Dies wird bei interessierten Personen garantiert wahrgenommen.

Auch wir werden von unserer Seite mit kurzen Videobotschaften auf die Neumitgliederaktion aufmerksam machen. Laden Sie neue Mitglieder ein, mitzumachen mit einem kurzen Handyvideo.



Philippe Nantermod will mehr Neumitglieder.

Als eine moderne Partei für Jung und Alt liegt es uns am Herzen, dass die Bedürfnisse aller Altersklassen berücksichtigt werden – wir bieten spannende Plattformen vom Mentoring-Programm bis hin zur FDP 60plus. Packen wir dies also gemeinsam an – danke für Ihren Einsatz! Je grösser die Mobilisierung, desto besser das Wahlergebnis im Herbst!

Philippe Nantermod, Nationalrat FDP VS

Von Tür zu Tür – Erwartungen übertroffen

Gemeinsam weiterkommen.

Es wurde viel geschrieben über den Haustür-Wahlkampf der FDP. Doch wie fühlt es sich eigentlich an, selber von Tür zu Tür zu gehen? Wie kommt das bei den Leuten an? Astrid Furrer teilt ihre Erfahrungen und gibt wichtige Tipps.

Besser kann es nicht gehen: Eben hat uns eine Frau gesagt, sie würde künftig gerne Infos unserer Ortspartei erhalten. Sie ist schon die dritte Person, die Sympathisantin werden möchte. Wir sind unterwegs in Wädenswil in einem Quartier, das laut Analysen von gfs und gemäss unseren Erfahrungen FDP-freundlich ist.

Im Vorfeld der Kantonsratswahlen vom März 2019 waren wir mit zwei Teams unterwegs. Ein Experiment für uns, mit dem Ziel, Erfahrungen zu sammeln. Die Neugier treibt uns an. Wie reagieren die Leute, wenn man an ihrer Tür läutet? Das Konzept ist bestechend, Big Data mit physischer Präsenz zu vereinen. Aktionen auf der Strasse, aber auch die Möglichkeiten von Social Media nutze ich in allen Wahlkämpfen. Was bringt deren Verbindung?

Das Eis ist schnell gebrochen

Zugegeben: Um von Tür zu Tür zu gehen, muss man sich aufraffen. Aber es ist wie Aufräumen; einmal gestartet, läuft es am Schnürchen. Ein gutes

Auftreten will geübt sein. Man ist in einem Zweier-team unterwegs. Der Sprecher sollte ein «Smalltalker» sein, aber nicht penetrant. Wenn man sich als Amtsträger vorstellen kann, hilft das ungemein. Ich begann das Gespräch also folgendermassen: «Grüezi, ich bin Astrid Furrer, Stadträtin und Kantonsrätin.» Et voilà, das Eis war gebrochen.

Die Qualität der Gespräche war sehr hoch, mehr als acht Kontakte pro Stunde sind daher kaum zu realisieren. «D2D» eröffnet die Chance, zu ausgewählten Themen Meinungen einzuholen, taugt für Ortsparteien zur Beziehungspflege und eignet sich gut für Umfragen. Erstaunt waren wir, dass wir nie «davongejagt» wurden. Da sind unsere Erfahrungen weit weg von denen unseres Kollegen vom Zürcher Kreis «Cheib», dem auch schon Bierflaschen nachgeworfen wurden.

Entspannte Gespräche

Die Kontakte gestalteten wir nicht als Interview, sondern als Gespräch. Die Daten gaben wir darum nicht, wie vorgesehen, während des Gesprächs in



Astrid Furrer unterwegs von Tür zu Tür.

die App des Mobiltelefons ein. Dies führte zu einer entspannten Atmosphäre. Wir machten uns hingegen Notizen und gaben die Ergebnisse danach über die Website von ecanvasser.com ein. Wer seine E-Mail-Adresse bekannt gab, unterschrieb den Fragebogen aus Datenschutzgründen.

Ideal erwies sich der Einsatz von 17 Uhr bis zum Eindunkeln um 19 Uhr. Im Sommer kann man gut eine Stunde später starten. Der Einsatz braucht Energie, mehr als zwei Stunden sind nicht zu empfehlen. Entgegen unseren Erwartungen waren viele bereits zu Hause. Widerlegt wurde auch die gängige Meinung, dass die Schweizer um 18 Uhr essen: Offenbar wird der Lebensstil südlicher, jedenfalls trafen wir niemanden an, den wir beim Essen störten. Benachbarte Ortsparteien machten auch gute Erfahrungen mit Nachmittagen und am Samstagmorgen.

Unsere Ortsgruppe wertet D2D als sehr positiv. Man lernt seine Gemeinde noch besser kennen, geht auch einmal in Quartiere, in denen man sonst nicht unterwegs ist. Unsere Erwartungen wurden weit übertroffen. Wir erwägen, auch ausserhalb von Wahljahren ein- bis zweimal im Jahr von Tür zu Tür zu gehen, um den Kontakt zur Wählerschaft zu stärken.

Astrid Furrer
Kantonsrätin und Stadträtin, Wädenswil ZH



Scannen Sie dieses Bild mit der XTEND-App, und sehen Sie unser Door2Door-Video.



Leserbriefe

Wir wollen wissen, was Sie bewegt!

Ihre Meinung interessiert uns. Schreiben Sie uns, was sie bewegt. Die besten Zuschriften werden in unserer neuen Rubrik «Standpunkte» im «Freisinn» abgedruckt.

Hinweise für Leserbrief-Schreibende

- Kurze, prägnante Texte haben grössere Chancen, publiziert zu werden. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz wird keine geführt.
- Bitte schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail und geben Sie uns Name, Adresse und Telefonnummer an, damit wir den Beitrag publizieren können. Unsere Adresse: schoy@fdp.ch.
- Briefe, die sich auf einen Artikel im «Freisinn» oder einen Blogbeitrag auf unserer Website beziehen, müssen dessen Titel und Erscheinungsdatum enthalten.

Starker FDP Klimathemenauftakt zu den Wahlen 2019

Endlich begreifen wir von der FDP, dass das Thema Umweltpolitik aus freisinnig-liberaler Sicht bewirtschaftet werden muss. Es darf nicht aus Opportunismus im Wahljahr 2019 belegt werden. Glaubwürdigkeit bedeutet nicht nur darüber zu reden, sondern zu liefern. Die Klimademonstrationen in den Schweizer Städten sind ein beeindruckend organisierter Auftakt zu den kantonalen und eidgenössischen Wahlen. Es zeigt, wie derzeit grüne Parteipersonlichkeiten eng mit den Initianten der Klimakampagne zusammenarbeiten und ihr Know-how unterstützend einsetzen. Die Koordination geschieht europaweit. Wir können von den professionellen Marketing- und Kommunikationsaktivitäten dieser Kreise nur lernen und besser werden.

Die FDP hat in der Umweltpolitik viel geleistet, besonders auch im Kanton Zürich. Nur wurden die Botschaft und der Leistungsausweis nicht der Öffentlichkeit verkauft. Es waren nach der Waldsterbedebatte 1984 in der Schweiz junge, umweltbewusste, engagierte und gebildete Kreise, die sich zusammenschlossen, grüne Parteien gründeten und mit wahrnehmungstarken Aktionen in Öffentlich-

keit und Medien auftraten. In Deutschland stossen die Grünen durch die Decke und schicken die Traditionspartei SPD in den Abgrund. Die letzten Wahlen in der Stadt Zürich mit dem Kantersieg links-grüner Parteien sind ein bestätigendes Signal. Eine gesunde Umwelt ist Teil eines ausgeprägten gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnisses geworden. Nur, wenn Marktkräfte und die technologische Entwicklung bei der Ausarbeitung wirksamer, umweltrelevanter Vorschriften mitberücksichtigt werden, ist Fortschritt möglich. Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen. Ökonomie und Ökologie schliessen sich nicht aus. Sie bedingen sich gegenseitig und sichern die Existenzgrundlage von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsplätzen, Wachstum und Wohlstand.

Weil die bürgerlichen Parteien in den 80er-Jahren nicht weitsichtig genug waren und das Thema nicht bewirtschafteten, überliessen sie das Feld akademisch ausgebildeten, engagierten, rot-grünen Wende- und Gesinnungspolitikern. Diese nutzten die Wirksamkeit von fokussierten Einthemenparteien. Es braucht weniger links-grüne Ideologien, sondern mehr engagiertes Grün in allen bürgerlichen Parteien als Ausdruck einer nachhaltigen und umfassenden Verantwortung für unsere Umwelt. Wohlstand wird ohne intakte Umwelt nicht zu sichern sein. Das sind alle politischen Parteien den kommenden Generationen schuldig: Ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt.

Roger E. Schärer, ehemaliges Vorstandsmitglied FDP Bezirkspartei Meilen, Feldmeilen

«Vorschriften und Gesetze werden nie Erkenntnis und Eigenverantwortung ersetzen.»

Meinungsmacher

FDP-Newsletter



Unser monatlicher FDP-Newsletter «Meinungsmacher» liefert Ihnen die neusten Blogs der FDP-Parlamentarier, Informationen zu den wichtigsten politischen Geschäften und News aus der Presse und den sozialen Medien. Bleiben Sie auf dem Laufenden, und seien Sie hautnah dabei! Abonnieren Sie unseren Meinungsmacher.

<https://www.fdp.ch/aktuell/newsletter/newsletter-anmelden/>

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

19. MAI

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)



JA

19. MAI

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Änderung der EU-Waffenrichtlinie

AGENDA

4. Mai

Delegiertenversammlung in Flawil, St. Gallen

19. Mai

Eidgenössische Volksabstimmung

22. Juni

Delegiertenversammlung im Kanton Zürich

31. August

Tag der FDP in Aarau

20. Oktober

Eidgenössische Parlamentswahlen

Öffentliches Fachreferat zur Sicherheit

Einladung

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a.D.,
ehem. Chef des Schweizer
Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht
zum Thema



Die aktuelle sicherheitspolitische
Lage der Schweiz

Donnerstag 16. Mai 2019 in Zürich

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus
(neben Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

Donnerstag 3. Oktober 2019 in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

www.fairer-kompromiss.ch



Zwei Pluspunkte
für unser Land.

«Good Deal» or «No Deal»?
Gemeinsam weiterkommen.

Ein Plus für den Werk- und Forschungsplatz
+ Abschaffung der bisherigen Steuerprivilegien
+ dringend notwendige Rechts- und Investitionssicherheit
+ faires Steuersystem mit gleich langen Spiessen für KMU
+ pro Jahr 1 Mrd. Franken mehr für Kantone und Gemeinden
+ Investition in attraktive Rahmenbedingungen für den Standort Schweiz

Ein Plus für die AHV
+ Zusatzfinanzierung von 2 Milliarden Franken pro Jahr
+ Beitrag zur unausweichlichen Sicherung der AHV-Renten
+ günstige Lösung für Privathaushalte und Unternehmen
+ kein Ausbau des Sozialstaats

JA zur AHV-
Steuervorlage!



29. JUNI 2019
IN ZÜRICH

Save the Date

3. Internationales Liberales Symposium

der FDP International in Zusammenarbeit mit
ALDE - NZZ - Avenir Suisse

Alle Infos unter:
www.symposium-liberal.ch



FDP
Die Liberalen



Save the Date

Tag der FDP 2019

Gemeinsam weiterkommen.

31. August 2019
Schachenhalle Aarau

www.fdp.ch

